

<b>FORDERUNGEN</b>	<b>FINDET ERWÄHNUNG IM KOALITIONSVERTRAG</b>	<b>ERFOLGREICH UMGESETZT</b>
1. <b>Finanzielle Mittel</b> für die Einrichtung von unabhängigen Beratungen, Selbstorganisation und Selbsthilfe für <b>von Armut betroffene oder bedrohte Personen</b>		
2. <b>Förderung der frauen- und mädchenpolitischen Arbeit in den Frauenzentren</b> durch eine anteilige Finanzierung der geschäftsführenden Tätigkeiten	Die Leitung überregional bedeutsamer Frauenzentren unterstützen wir auch künftig.	
3. Stärkung der <b>kommunalen Gleichstellungsbeauftragten</b> : Wir fordern hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner*innen, um eine flächendeckende gleichstellungspolitische Arbeit im Land Brandenburg gewährleisten zu können	Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten werden in ihrer Rolle und bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gestärkt. Wir wirken mit der Kommunalaufsicht darauf hin, dass die Gleichstellungsbeauftragten entsprechend ihren Aufgaben freigestellt werden.	
4. Ausbau der <b>ärztlichen Grundversorgung auf dem Land</b> - dazu gehören auch Geburtsstationen	Wir setzen uns für eine verlässliche und flächendeckende Geburtshilfe in ganz Brandenburg ein. Der „Aktionsplan zur Sicherstellung und dauerhaften Stabilisierung der Versorgung mit Hebammenhilfe“ wird beschleunigt und weiterentwickelt. (S.45)	
5. Verdopplung der Ausbildungsplätze für Hebammen im Land Brandenburg		
6. Anpassung der Gehälter der Erzieher*innen in der Kindertagesbetreuung als pädagogische Fachkräfte an die Gehälter von Lehrer*innen		
7. Bessere Anerkennung des <b>Ehrenamtes</b> durch angemessene finanzielle Unterstützung, z.B. über Rentenpunkte		
8. <b>Neue finanzielle Eingruppierung</b> für hauptamtliche Tätigkeiten in den gemeinnützigen NGOs entsprechend des Verantwortungsgrades der Tätigkeit im Verein		

<p>9. Gesetzliche Regelung, dass <b>Krankenhäuser, Kitas und andere öffentlich finanzierte soziale Einrichtungen</b> ihre Beschäftigten nach <b>Tarifvertrag</b> bezahlen</p>		
<p>10. Einsatz der Landesregierung für deutlich mehr <b>Tarifbindung</b>, da dies der wichtigste Hebel für gute Einkommen, Entgelttransparenz und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit ist</p>	<p>Attraktive Arbeitsbedingungen sind wichtig, um Menschen für Brandenburg zu gewinnen und 2050 hier zu halten. Dazu gehören neben fairen, tariflich geregelten Löhnen ein gutes Betriebsklima, 2051 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Chancen für Frauen und Männer. Dafür 2052 setzen wir das „Bündnis für Gute Arbeit“ fort. (S.40)</p>	
<p>11. Gesetzliche Regelung, dass Wirtschaftsförderung und öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen mit Tarifvertrag gehen</p>		
<p>12. Dass sich die Landesregierung für eine gerechte Grundrente einsetzt. Das hilft Armut in allen Lebensbereichen zu verhindern!</p>	<p>...Deshalb wird auf die zügige Angleichung der Renten in ganz Deutschland besonderen Wert gelegt und die Einführung einer Grundrente unterstützt. Wir wollen die bestehenden Ungerechtigkeiten für geschiedene Frauen mit ostdeutscher Biografie beseitigen. Gegenüber der Bundesregierung wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass diese sich stärker als bisher an der Finanzierung der DDR-Sonderrenten beteiligt und die zugesagte schrittweise Erhöhung des Bundesanteils umsetzt. (S.22)</p>	
<p>13. Eine Erhöhung des Durchschnittslohns durch Rekommunalisierung bei gleichzeitiger Erhöhung der Tarifbindungsquote.</p>		
<p>14. Abschaffung der <b>Kita- und Hort-Elternbeiträge</b> für Kinder in allen Altersgruppen</p>	<p>Die Koalition wird im Jahr 2022 das vorletzte Kita-Jahr beitragsfrei stellen. Im Jahr 2024 wird der gesamte Kindergartenbereich (3 bis 6 Jahre) beitragsfrei gestellt sein. Darüber hinaus wird die Koalition an einer Mustersatzung arbeiten, um die örtlich unterschiedlichen Beiträge und Belastungen für Familien aufzulösen. (S.32)</p>	

<p>15. Verbesserung des <b>Personalschlüssels in den Kindertagesstätten</b></p>	<p>Der Grundstein für gute Bildung wird bereits mit einer qualitativ hochwertigen Bildungsarbeit und Betreuung in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege gelegt. Der Personalschlüssel in Krippe und Kindergarten wird schrittweise abgesenkt und dabei werden längere Betreuungszeiten und Leitungsfreistellungen berücksichtigt. Die Koalition wird zum 1.August 2020 in einem ersten Schritt den Schlüssel für die Kita auf 1:10 absenken und ab 2021 den Personalschlüssel in der Krippe in drei Schritten auf 1:4 absenken. (S.32)</p>	
<p>16. Einführung eines kostenlosen Mittagessens <b>in den Kindertagesstätten</b></p>	<p>Das Kita-Gesetz muss den heutigen Anforderungen gerecht werden. Deshalb wird das Gesetz grundlegend überarbeitet. Ziel ist es, gemeinsam mit den Beteiligten (kommunale Ebene, Eltern, Träger) zu klaren Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Finanzierung zu kommen sowie eine praktikable Essensgeldregelung zu schaffen. Wir werden diese Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen im Finanzausgleichsgesetz neu ordnen. Ebenso werden wir zu erarbeitende Qualitätsanforderungen für Kitas im Gesetz festschreiben. (S.32)</p>	
<p>17. <b>Wiedereinsetzung eines Landesbeirats für Familienpolitik</b>, der mit der Herausgabe eines Familienberichtes betraut wird, der im Wesentlichen dreiteilig gegliedert ist: Familienbefragung, wissenschaftliche Expertise und politische Handlungsempfehlungen</p>		
<p>18. Wir fordern, dass die Landesregierung die <b>Bedingungen zur Chancengerechtigkeit bei der politischen Teilhabe</b> von Frauen durch konkrete Maßnahmen schafft - dazu zählen <b>Zeitressourcen</b> schaffen z.B. lange Kita- und Schulwege durch wohnortnahe Betreuungs- und Lernstandorte verkürzen, Pendelzeiten zur Arbeit durch eine flächendeckende Mobilität mit ÖPNV verkürzen,</p>		

<p><b>Finanzielle Hürden</b> nehmen z.B. finanziellen Ersatz der Auslagen für Kinderbetreuung und Verdienstaufschlag für ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen gewähren</p> <p><b>Lebenswirklichkeit achten</b> z.B. familien- und berufscompatible Regelungen hinsichtlich Sitzungszeiten in Bürgervertretungen wie Ortsbeiräten, Kreistagen, Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen treffen</p>		
<p>19. Wir fordern die Verwendung von <b>geschlechtergerechter Sprache</b> in allen Veröffentlichungen der Landesregierung</p>		
<p>20. Wir fordern die bildliche Berücksichtigung von <b>vielfältigen Lebens- und Familienformen</b> in den Veröffentlichungen der Landesregierung</p>		
<p>21. Wir fordern, dass die Landesregierung Gefährdungen der Demokratie erkennt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgeht.</p>		
<p>22. <b>Frauen- und Geschlechterforschung als Aufgabe der Hochschulen im Hochschulgesetz zu verankern</b>, wie dies bspw. in Berlin oder Niedersachsen der Fall ist</p>	<p>Die Koalition wird die Qualitätsstandards für Chancengleichheit und Familienorientierung an Hochschulen verbindlicher ausgestalten. Über Zielquoten sollen die Hochschulen den Frauenanteil in Bereichen mit Unterrepräsentanz erhöhen. Die Koalition wird die Frauen- und Geschlechterforschung an Brandenburgs Hochschulen unterstützen. (S.35)</p>	
<p>23. <b>Gendersensible Bildung</b>, nicht nur in Sachen Berufswahl, sondern auch als Querschnittsthema in der Bildung allgemein (Sportunterricht, Lebensrealität von Mädchen und Frauen abbilden, Aufklärung)</p>	<p>Wir wollen überkommene Rollenbilder aufbrechen und für mehr Männer in den sozialen Berufen und mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaft werben. (S.31)</p>	
<p>24. Wiedereinführung des Girls' Days</p>		
<p>25. Dauerhaft gesicherte <b>Finanzierung der Frauenhäuser</b>, die einen kostenfreien Zugang für betroffene Frauen und tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen sicherstellt – wir fordern ein Frauenhausfinanzierungsgesetz. Die brandenburgischen Frauenhäuser brauchen mehr Personal!</p>	<p>Wir werden das gute Netz an Zufluchts- und Beratungsangeboten für von Gewalt betroffene Frauen (Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Zufluchtwohnungen) erhalten und weiterentwickeln. Hierbei müssen auch von Gewalt betroffene Männer adressiert werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser soll die</p>	

	<p>bedarfsgerechte Angebotsstruktur gewährleisten, die Qualität sichern und die Kooperationsbeziehungen im Gemeinwesen, wie z. B. mit der Kinder- und Jugendhilfe oder der Polizei, stärken. Die Opfer von Internetkriminalität, Gewaltandrohung und Hasskommentaren sollen Schutz und Hilfe in den Frauenunterstützungsstrukturen finden. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Mittel aus Investitionsprogrammen des Bundes für bauliche Maßnahmen auch Frauenschutzeinrichtungen zugutekommen. (S.48)</p>	
<p>26. Die Polizei muss geschult werden, um besser mit Opfern sexualisierter Gewalt umgehen zu können und ihre Anliegen ernst zu nehmen, das betrifft vermehrt auch Internetkriminalität wie Stalking, Doxing, Drohnachrichten, Überwachungsapps, frauenverachtende Kommentare etc.</p>		
<p>27. Aufstockung des Personals im MSGIV um das Arbeiten im Begleitgremium Gewaltschutz nachhaltig zu gewährleisten</p>	<p>Ministerin Nonnemacher kündigte an, zeitnah in ihrem Ministerium ein eigenständiges Referat für Frauen, Gleichstellungsangelegenheiten und queere Lebensweisen schaffen zu wollen, um diese wichtigen Politikfelder deutlich zu stärken. <a href="#">PM MSGIV 31.01.2020</a></p>	
<p>28. Umsetzung der Istanbul Konvention: Pro 10.000 Einwohner*innen ein Frauenhausplatz für eine Frau mit ihren Kindern. In BB entspricht das einer knappen Verdopplung der Plätze</p>	<p>Die Koalition wird Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder entschlossen bekämpfen. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) ist in Brandenburg umzusetzen. Hierfür ist die Fortschreibung und Umsetzung des „Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen und Kindern“ unverzichtbar. Besonderes Augenmerk liegt auf den Modellprojekten „Medizinische Soforthilfe und vertrauliche Spurensicherung nach einer Vergewaltigung“ und „Täterarbeit“. (S.48)</p>	<p>...</p> <p>Schutz vor häuslicher Gewalt: Projekt „Täterarbeit“ startet in Brandenburg: „Die „Fachstelle Gewaltprävention Brandenburg“ bietet ein soziales Trainingsprogramm in Fällen häuslicher Gewalt nach dem Standard der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt an. Aufgrund der Fallzahlen zielt das Angebot vorrangig auf erwachsene männliche Täter, die gegenüber ihren (Ex-)Partner/innen gewalttätig geworden sind. Gleichwohl</p>

		steht das Angebot Menschen unabhängig der sexuellen Identität zu Verfügung.“ <a href="#">PM MSGIV 19.01.2020</a>
29. Für die Legislatur 2019-2024 fordern wir, dass der Landtag die Mittel für eine Fortsetzung des Gleichstellungspolitische Rahmenprogramms verdoppelt und somit 220.000 Euro jährlich für gleichstellungspolitische Projekte zur Verfügung stellt	Das „Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm“ und das dazu gehörige Maßnahmenpaket sollen mit überprüfbaren Zielvorgaben weiterentwickelt und finanziell ausgebaut werden. Die Koalition versteht das Programm als einen strategischen Ansatz, um die Bedeutung von Frauen- und Gleichstellungsthemen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbarer zu machen. (S.47)	
30. Wir fordern Parität in allen Parlamenten	Die Koalition bekennt sich zur Förderung der paritätischen Beteiligung von Frauen und 2502 Männern auf allen politischen Ebenen. Im Hinblick auf das verabschiedete Paritégesetz gilt, 2503 die beim Landesverfassungsgericht anhängigen Verfahren abzuwarten und das Gesetz 2504 gegebenenfalls an die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts anzupassen. (S.48)	